„Berliner Tageblatt“
erscheint täglich zweimal mit Ausnahme des Sonntags, an welchem es nur in einer Morgenausgabe ausgegeben wird. Man abonnirt außerhalb Berlins bei allen Postanstalten des deutschen Reichs, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaustaaten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abonnirt man bei der Haupt-Expedition, Jerusalemerstraße 48/49; sowie deren Filialen: Friedrichstraße 66, Potsdamerstraße 96, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 10, Große Frankfurterstraße 33, Rixdorf, Alt-Moabit 33; ferner bei allen Postämtern und Zeitungsspediteuren.
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis
für das „Berliner Tageblatt“ und „Handels-Zeitung“, sowie drei illustr. Wochenblatt „ULK“, die illustr. Montags-Ausgabe „Reklame“, die „Technische Rundschau“, das Sonntagsblatt „Deutsche Lesehalle“ und „Haus und Garten“ durch die Post bezogen vierteljährlich 5 Mark 25 Pf., Ausland excl. Postaufschlag; für Berlin bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 2 M., vierteljl. 6 M. Direct unter Kreuzband vierteljl.: für Ausland 18 M., für Inland 13 M. Inserate à Zeile 30 Pf. „General-Anzeiger“ 30 Pf.) werden in der Expedition Jerusalemerstraße 48/49, sowie deren Filialen: Friedrichstraße 66, Potsdamerstraße 96, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 10, Große Frankfurterstraße 33, Rixdorf, Berlinerstraße 33 angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt.

Nummer 24. Berlin, Sonntag, den 14. Januar 1900. XXIX. Jahrgang.

Politische Wochenschau.

Von

Arthur Levysohn.

Im preußischen Abgeordnetenhause, das mit einer farblosen Thronrede und mit einem Brillantfeuerwerk Miquelscher Budgetdialektik eröffnet wurde, haben die Konservativen mit ihrer wohlvorbereiteten Aktion gegen das Ministerium Hohenlohe aus Anlaß der Beamtenmaßregelungen im August einen kräftigen Vorstoß begonnen. Der moralische Erfolg dieses Vorgehens konnte nicht ausbleiben, da alle Welt, auf der Linken wie auf der Rechten des Hauses, darin übereinstimmte, daß die Zurdispositionsstellung zweiundzwanzig Landräthe und Regierungspräsidenten wegen ihrer Abstimmung in der Kanalvorlage verfassungsmäßig nicht zu rechtfertigen sei. Die Liberalen hatten alle Ursache, eine innere Genugthuung darüber zu empfinden, daß die Konservativen, nachdem sie am eigenen Fleische die Pein einer gouvernementalen Heimsuchung erfahren, sich einmal dazu aufrafften, den Ministern die Leviten zu lesen und sie sogar ein wenig auf die Finger zu klopfen. In dem Kampfe für die Vorrechte der Volksvertretung, die die Unverantwortlichkeit auch der beamteten Abgeordneten ein für alle Mal verbürgen, wenn sie ein Gefühl menschlicher Schadenfreude empfanden, als im vergangenen August sich die Schärfe der Regierungsgewalt, wenn auch unberechtigterweise, gegen Männer aus den Reihen der konservativen Fraktionen wandte. Von dem Gefühl dieser Schadenfreude bis zur Billigung unkonstitutioneller Regierungsmaßnahmen, die man ihnen fälschlich unterschob, ist der Weg jedoch sehr weit. Und der Verlauf der parlamentarischen Erörterungen hat gezeigt, daß die Liberalen aller Schattirungen das Verhalten des Kabinets Hohenlohe-Miquel mindestens ebenso herb verurtheilen wie nur die diesmal vom Konservativen Hagelschlag betroffenen Konservativen selbst.

Die Vertheidigung vom Regierungstische aus war matt und schwächlich. Nur eine Thatsache trat dabei klar zu Tage, die nämlich, daß das Ministerium, wenigstens in dieser Frage, sich zu einer Solidarität der Anschauungen bekannte, die ihm bisher ziemlich gemangelt hatte. Aus den Aeußerungen des Finanzministers durfte man entnehmen, daß derjenige Minister, der schließlich sich mit den von der Kammer verurtheilten Maßregelungen nicht einverstanden erklärt hätte, genöthigt gewesen wäre, seine Verabschiedung nachzusuchen. In diesem Punkte also besitzen wir zum ersten Male seit langer Zeit ein wirklich homogenes Ministerium. Das bleibt immer ein Gewinn, wenn auch nur ein kleiner.

Im Uebrigen aber hatte der Vorstoß der Konservativen zunächst nur einen praktisch greifbaren Erfolg zu verzeichnen. Denn so sehr sich auch die Mitglieder des Kabinets mit Gründen, die in diesem Falle nicht so billig wie Brombeeren waren, zu vertheidigen suchten, um ihr Verhalten zu rechtfertigen, — so sehr hatten sie schon vor Eröffnung der Debatte in Betreff eines Theiles der gemaßregelten Persönlichkeiten, ohne viel Aufhebens davon zu machen, klein beigegeben. Mehrere der gemaßregelten Landräthe waren zu Regierungsräthen befördert worden; wenn sie auch dabei in derselben Rangklasse blieben, so erfuhren sie doch gleichzeitig eine Erhöhung ihrer Bezüge, während sie natürlich dadurch gezwungen waren, auf die bisher innegehabten Landtagsmandate zu verzichten. Die Konservativen wußten also, als sie ihren Ansturm begannen, daß das Ministerium, so sehr es auch der Fahnenehre wegen gezweigt blieb, öffentlich sein Verfahren für rechtmäßig zu erklären, im Uebrigen doch bereit sein würde, den lindernden Balsam der Gehaltserhöhung auf die von ihm geschlagenen Landräthlichen Wunden zu träufeln. Die Regierung vermochte ihrerseits unschwer zu erkennen, daß die Konservativen nach wie vor zu finden sein würden, wenn es sich darum handeln sollte, reaktionäre Politik zu treiben. Freilich von dem „erbärmlichen Kanal“ wollten sie auch jetzt nichts wissen. Aber die abhängigen Beamten in Zukunft ihres passiven Wahlrechtes zu entkleiden, dazu mochten sie nun und nimmermehr die Hand bieten. Das ist das zweite und letzte positive Ergebniß, das aus der Diskussion im Landtage hervorging. Man wird es zu notiren haben.

Aber während im Landtage Liberale und Konservative gemeinsam der Regierung eine moralische Niederlage bereiteten — die das Ministerium natürlich nicht abhält, als ob nichts vorgefallen wäre, in seinen Aemtern zu verharren —, während dessen geschah das Werkwürdige, daß Graf Bülow in einer Rede, die er zu Stettin im Interesse der Flottenerweiterung bei festlicher Gelegenheit hielt, sich des Rüstzeuges der Liberalen bediente, um für die geforderten Kriegsschiffe Stimmung zu machen. Er fand einen tiefen Sinn darin, „daß der Flottengedanke und die deutsche Einheitsbewegung ungefähr gleich alt sind.“ Und er hob mit Nachdruck hervor, „daß der Einheits- und der Flottengedanke im Jahre 1848 gleichzeitig aufflammten.“ Dem Staatssekretär des Auswärtigen schien demnach das Jahr 1848 kein „Jahr der Schmach“ zu sein, was ihm sicher nur von Denen verübelt werden mag, die in der Errichtung eines Portals für den Friedhof der Berliner Märzgefallenen ein schuldiger zu sühnendes Verbrechen erblickt haben. Auch in den Barrikadenkämpfen vom 18. und 19. März 1848 war der Einheits- und mit ihm der Flottengedanke lebendig gewesen. Und die etwas verspätete Anerkennung, die dem Streben der 1848er aus dem Munde des preußischen Ministers des Auswärtigen jetzt nach mehr als fünfzig Jahren zu Theil geworden, kann ihren Enkeln nur wohlthun.

Allerdings hat es den Anschein, als dürfe Graf Bülow nicht ganz mit dem reaktionären Parteizöllstocke gemessen werden, der sonst für das Gesinnungsgardemaß der preußischen Minister zur Anwendung zu gelangen pflegt. Die von ihm im Interesse von Handel und Industrie als Regierungsprogramm gepredigte „Weltpolitik“ paßt in keiner Weise zu den rückständigen Anschauungen unserer Ostelbier, die noch immer nicht einsehen wollen, daß der deutsche Kaiser naturnothwendig über den Ideen- und Aktionskreis der Könige von Preußen hinauswachsen mußte. Da dabei das traditionelle eng begrenzte Altpreußenthum mit seinem kleinen Horizont schließlich in die Brüche gehen muß, so erheben sie wie alle Vertreter absterbender Lebensanschauungen ein herzbrechendes Wehgeschrei. Aber der eherne Tritt des weltgeschichtlichen Fortschrittes, der das deutsche Reich auf den neuen, ihm „vom Schicksal vorgezeichneten Weg“ weist, geht über alle solche Klagen mitleidlos hinweg. Und Derjenige wird zertreten, der sich auf die neuen Entwickelungen nicht einzurichten, sich mit ihnen nicht abzufinden versteht. Deshalb kann man die reaktionären Zuckungen unserer um das Geschick des patriarchalischen Staates bekümmerten Landtagsmehrheit ruhig mitansehen — der Sieg bleibt doch beim Fortschritt, der auf dem Wege der Evolution auch das traditionelle Altpreußenthum in den wirklich modernen Staat überführen wird.

Graf Bülow hat das augenscheinlich erkannt. Und als realistischer Staatsmann denkt er nicht daran, durch im Vorhinein zur Erfolglosigkeit verurtheilte Anstrengungen den Weg des Schicksals aufzuhalten. Diese Verhaltungslinie hält er ersichtlich auch bei den auswärtiger Verwickelungen inne, die uns im Verlaufe des Anglo-Buren-Krieges nicht erspart geblieben sind. Die Gewaltthätigkeiten, die sich englische Schiffskommandanten gegen deutsche Dampfer erlaubten, so schmerzlich er sie auch empfunden mochte, rissen ihn nicht zu jenen ohnmächtigen Drohungen hin, die ihm von alldeutscher Seite angesonnen wurden. Er hütete sich, das deutsche Reich im Goetheschen Sinne zu einer „problematischen Natur“ zu machen, deren Streben und Heischen in einem unüberbrückbaren Gegensatz zu den Möglichkeiten des Könnens und Vollbringens gestanden hätte. Er verließ sich auf die Stimme des Rechts, die er mit möglichstem Nachdruck in London zu Gehör brachte. Die Ueberzeugung trog ihn nicht, daß er auf diesem Wege der ruhigen Erörterung eher zum Ziel kommen könne als durch ödes Bramarbasiren. Drei der bedrohten Dampfer, „General“, „Herzog“ und „Kanzler“, konnten bereits ungehindert ihren Weg fortsetzen, und der vierte, der „Bundesrath“, darf mit Fug erwarten, daß dasgegen ihn beliebte Verfahren binnen Kurzem eingestellt werde, während England zugleich die ihm zugemuthete Entschädigungspflicht freiwillig anerkannte. Dieses Zurückweichen der britischen Politik muß als ein nicht zu unterschätzender Erfolg jener Staatskunst betrachtet werden, für die Bismack die Gelehrte ruhiger Thätigkeit, friedlicher Besonnenheit, fester Sicherheit und Würde vorgezeichnet hat. Das inzwischen von deutscher Seite erfolgte Verbot der Waffenlieferung an England durch deutsche Werke darf als ein Bekenntniß der Reichsregierung zu jener Neutralitätsauffassung betrachtet werden, zu der sich im Jahre 1870/71 die britische Staatsleitung nicht aufzuschwingen vermocht hat. Wenn man will, kann man darin auch eine indirekte Antwort auf das englische Vorgehen gegen deutsche Dampfer erblicken.

Die englischen Staatsmänner haben allerdings, wenn auch natürlich langsam und widerstrebend, unterdessen vor der maßvollen Strategie Bülows die Segel gestrichen, genau so, wie sie es kurz vorher unter dem uneingestandenen Druck der Transvaal-Verlegenheiten in der Samoa-Frage gethan haben. Das Kabinet Salisbury-Chamberlain sieht seine Pein fortwährend wachsen. In Südafrika rücken die militärischen Operationen nicht vorwärts. Die Afrikander-Bewegung nimmt immer unheilvollere Formen an. Die Macht der Buren ist nicht nur ungebrochen, sondern wird Tag für Tag mehr bedrohlich für die englischen Armeen. Es erscheint immer fraglicher, ob es heute noch den eben in Kapstadt eingetroffenen neuen Oberfeldherren, den Lords Roberts und Kitchener, gelingen kann, dem verfahrenen Feldzuge eine glücklichere Wendung zu geben. Dazu kommt, daß in England selbst eine Bewegung immer mehr um sich greift, die den kriegerischen Jingoismus, der den Markt und die Straßen fast ausschließlich beherrschte, zurückzudrängen beginnt. Das Parlament tritt am Ende dieses Monats zusammen. Die Opposition schickt sich an, von den Ministern strenge Rechenschaft für den so schlecht vorbereiteten Krieg zu fordern, in den man das Land gestürzt hat. Wenn es für das Kabinet noch eine Rettung giebt, so läge sie einzig in dem Umstande, daß die Liberalen vielleicht Bedenken tragen mögen, die unheilvolle Erbschaft des gegenwärtigen Ministeriums anzutreten. Aber das nationale Gewissen, das sich in England so mächtig regt, wird sich schwerlich mit einer schwächlichen Lösung der Regierungskrise zufrieden geben.

• Im **Reichstage** wurde gestern die Berathung des Etats des Reichsamts des Inneren fortgesetzt. Zunächst entspann sich eine Debatte über die Förderung der Binnenfischerei, in der auch Staatssekretär Graf Posadowsky das Wort ergriff. Der Staatssekretär sprach sich ebenfalls, auf Veranlassung des Abgeordneten Paasche, über das „Deutsche Handelsarchiv“ und die „Nachrichten für Handel und Industrie“ aus, ferner über die Unterstützung des Thüringer Exportvereins bei der Errichtung eines Exportmusterlagers in Sidney. Auf die vom Abgeordneten Eichhoff angeschnittene Frage der Zulassung der Realschulabiturienten zum medizinischen Studium konnte sich Graf Posadowsky, der der Idee für seine Person sympathisch gegenübersteht, Namens der verbündeten Regierungen nicht erklären. Abgeordneter Schrader erörterte die beklagenswerthen Zustände auf dem Gebiete des Frauenstudiums; die Damen, welche die Bedingungen erfüllt hätten und Medizin studiren wollten, müßten bei den Professoren hausiren gehen. Die Einzelstaaten hätten dem gegenüber die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Frauen die Prüfungen wirklich ablegen könnten, zu denen das deutsche Reich sie zugelassen hat. Im Verlauf der Debatte über diese Frage, an der sich die Abgeordneten Dr. Müller, Rickert und Dr. Oertel betheiligten, erklärte Staatssekretär Graf Posadowsky, daß eine Verordnung zur Zulassung der weiblichen Aerzte vorbereitet werde. Bei der Position „Kommission für Arbeiterstatistik“ sprach Abgeordneter Reißhaus über die Mißstände in der thüringischen Hausindustrie, deren Vorhandensein der Staatssekretär anerkannte, wobei er Erhebungen auch über diesen Industriezweig in Aussicht stellte. Denselben Gegenstand erörterte auch Abgeordneter Bebel, der außerdem noch die Verhältnisse im Bäckerei- und Gastwirthsgewerbe einer Betrachtung unterzog. Beim Kapitel „Statistisches Amt“ drückte der liberale Abgeordnete Rösicke-Dessau seine Anerkennung über die Leistungen des Statistischen Amtes bei der Bearbeitung der Berufsstatistik aus. In der Diskussion über diesen Gegenstand, die sich auch auf die Streikstatistik speziell bezog, erörterte Abgeordneter Schrader den Mißstand, daß bei uns derartige Werke wegen ihres hohen Preises und andererseits auch wegen ihres großen Umfanges nur wenigen Auserwählten zugänglich seien, während man sich in Amerika solche Werke nur für das Porto verschaffen könne. Er gab anheim, die wesentlichen Resultate der Berufsstatistik in einem kleinen Buche zusammenzufassen. Des Weiteren unterhielt man sich gestern im Reichstage noch über die Maul- und Klauenseuche und über das Patentamt. Am Dienstag wird die Etatsberathung fortgesetzt werden.

• Der **Gesetzentwurf**, betreffend die **Abänderung der Unfallversicherungsgesetze**, hat, wie nach der bisherigen Haltung der Regierung vorauszusehen gewesen, eine Verschmelzung der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung nicht gebracht. Die Regierung erachtet eine Zusammenlegung der genannten Versicherungszweige zwar für wünschenswerth, es ist ihr aber bisher nicht gelungen, geeignete Grundlagen hierfür zu finden; ebenso wie man ja auch beim Invalidengesetz das zeitraubende und unpraktische Markenkleben nicht hat beseitigen können, weil ein allen Ansprüchen genügender Ersatz nicht gefunden werden konnte. Man ist also auch bei den Unfallversicherungsgesetzen bei der alten Methode geblieben und hat sich nur darauf beschränkt, der Versicherung eine Ausdehnung auf weitere Kreise zu geben, deren Einbeziehung sich als nothwendig herausgestellt hat. So sind die Fensterputzer neu in die Versicherung einbezogen, daneben sind die Tischler, Maler, Glaser, Klempner u. s. w., insoweit sie überhaupt sich, wenn auch nur theilweise, mit Bauarbeiten beschäftigen, für den gesammten Betrieb versicherungspflichtig. Auch die Schlosser, Schmiede und Fleischer sind allgemein für ihren Gewerbebetrieb dem Unfallgesetz unterstellt. Das Gleiche trifft bei landwirthschaftlichen Betrieben zu, wo das Gesinde beziehungsweise Betriebspersonal bald im Betriebe und bald in der Hauswirthschaft beschäftigt zu werden pflegt. Es war unzweckmäßig, wenn sich die Unfallversicherung in solchen Fällen nur auf denjenigen Theil der Thätigkeit erstreckte, der sich im Gewerbebetriebe des Arbeitgebers vollzieht. Oft ist eine genaue Grenze gar nicht festzustellen gewesen, wo der Wirthschaftsbetrieb aufhört und der Gewerbebetrieb seinen Anfang nimmt. Die Folge davon waren langwierige und kostspielige Prozesse, deren Zahl sich nunmehr verringern dürfte, da versicherte Personen künftig auch für diejenigen häuslichen und anderen Dienste als versichert gelten, zu denen sie von ihrem Arbeitgeber oder dessen Beauftragten herangezogen werden.

• Die **Reichsregierung** soll, wie nunmehr bestimmt in Aussicht genommen ist, am nächsten Freitag im **Reichstage** von dem nationalliberalen Abgeordneten Möller wegen der **Beschlagnahme deutscher Dampfer durch die Engländer** interpellirt werden.

• Die Nachweise über die **Ergebnisse der Unfallversicherung** im deutschen Reiche im Jahre **1898** sind dem Reichstag soeben zugegangen. Danach erstreckte sich die Unfallversicherung auf mehr als 18 Millionen Personen. Davon gehörten 17,505,905 den Berufsgenossenschaften an; sie vertheilten sich auf 5,110,542 Betriebe. Auf Reichs-, Staats- und Kommunalbetriebe entfielen 715,758 versicherte Personen. Dazu kommen dann noch 13 Versicherungsanstalten der Baugewerkschaft. Die Anzahl der Unfälle,

Hierzu für die Berliner Abonnenten „Deutsche Lesehalle“ Nr. 2.